

Wolfgang Ullmann

Die DDR war etwas Künstliches

I

Es werden 16 Millionen Menschen bleiben, die - je nachdem zu welcher Generation sie gehören - an diesen 40 Jahren in je eigener Weise Anteil gehabt haben, Anteil an einer Geschichte, geprägt durch eine Parteidiktatur, die die Gesellschaft einer Entfremdung unterworfen hat. — Dies war eine Entfremdung,

- die aber auf der anderen Seite eine ganz eigentümliche Identität des Heimatgefühls in dieser Abgeschlossenheit nach sich gezogen hat;
- die bei der Intelligenz eine ganz besondere Form des Widerstandes — inneren und schließlich auch äußeren Widerstand - erzeugt hat;
- die ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit osteuropäischer Dichtung und Kultur überhaupt in einem Maße produziert hat, wie es vorher nie der Fall gewesen ist, gerade unter den Bedingungen der Ablehnung der Moskauer Parteidiktatur, die ja den Künstlern in unserem Land und den Künstlern Rußlands gemeinsam gewesen ist.

Und es wird das Gefühl bleiben, daß es offenkundig den Leuten, die jenseits der Grenzen dieses Landes im Westen gelebt haben, doch in hohem Maße schwerfällt, die ganz besonderen Lebensbedingungen dieser 40 Jahre Geschichte zu verstehen.

II

Die DDR war auf jeden Fall etwas Künstliches. Um das zu beschreiben, braucht man nur an die Mauer, an die Grenzschutzanlagen, an die Stacheldrahtzäune zu erinnern. Sie war ein künstliches Gebilde aber nicht nur hinsichtlich dieser Abgeschlossenheit, sondern auch dadurch, daß in einer krassen und lebensfremden Weise Traditionen abgebrochen, z. T. auch zerstört worden sind, die wesentlich waren für die Landschaften und Länder hier im Bereich der DDR.

Auf keinen Fall aber stimme ich denen zu, die diese 40 Jahre für verlorene Jahre erklären. Ich bin auf's höchste befremdet, wie einer, der hier Pfarrer gewesen ist (der DSU-Vorsitzende Ebeling; d. Red.), der immerhin in diesen Jahren hat predigen müssen, so sprechen kann. Ich denke - und jetzt gebrauche ich ein hartes Wort -, das ist die Sprache von Renegaten, und ich möchte mich deshalb nicht anschließen.

Es sind schon deswegen keine verlorenen Jahre gewesen, weil sich in ihnen das abgespielt hat, was ich in der Antwort auf Frage 1 dargestellt habe. Aber jetzt möchte ich hinzufügen: Es hat ja hier aufrechte Leute gegeben, die nicht mit den Wölfen geheult haben. Es hat immer auch Eltern gegeben, die es mit ihren Kindern durchgestanden haben, wenn sie gesellschaftliche Nachteile wegen ihrer christlichen Auffassungen oder sonst irgendeiner oppositionellen Einstellung hatten. Es hat immer auch Leute gegeben, die Resolutionen nicht unterschrieben haben, wenn sie mit deren Inhalt nicht übereinstimmten; die sich nicht an Wahlen beteiligt haben, die keine waren - und ich könnte noch viele andere Beispiele hinzusetzen.

Es ist hier auch gut gearbeitet worden, es sind bedeutende Bücher geschrieben, Bilder gemalt worden, und es sind Kinder geboren, die - dafür haben wir ja in diesen 40 Jahren schon gekämpft - nicht zu einer verlorenen Generation gehören. Und - das darf nie vergessen werden - diese 40 Jahre sind ein Versuch gewesen, ein weithin mit untaugli-

chen Mitteln unternommener Versuch, auf die Katastrophe von 1933 bis 1945 zu reagieren. Und diejenigen, die jetzt das Fazit ziehen, müssen sich immer fragen, ob sie denn eine Antwort haben, wie man auf diese Katastrophe, die nun schon eine zweite nach sich gezogen hat, angemessen reagieren kann.

Was das Scheitern des „Experiments“ für die Idee „Sozialismus“ bedeutet? Eine für mich schwierige Frage, weil das Wort Sozialismus ideologisch derart belastet ist, daß man es nur mit langen Erläuterungen benutzen kann. Und es ist immer etwas mißlich, wenn man Worte gebraucht, die nicht aus sich selbst heraus verständlich sind. Ich werfe der CDU vor, die das Wort in ihrer Wahlpropaganda benutzt hat („Nie wieder Sozialismus“, d. Red.), daß sie sich damit der Sprache einer Ideologie bedient, die wir glücklicherweise nun endlich hinter uns gelassen haben.

Ich bin der Meinung, daß mit dem Scheitern der SED-Politik noch lange nicht das Problem gelöst ist, auf das Karl Marx eine Antwort zu geben versucht hat: Wie denn Kapitalismus mit Demokratie und ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit für alle verbunden werden soll. Ich denke, auf diese Frage muß eine Antwort gefunden werden.

III

Keiner weiß bis jetzt, was danach kommt. Gegeben hat es den Zusammenbruch der Frontstellung zwischen Welt I und Welt II, die sich ganz und gar als eine einzige Welt erwiesen haben - was sie übrigens auch schon war, als sie sich noch als Erste und Zweite Welt gegenüberstanden.

Was dann kommt ist die Frage, wie die sich in ihrer ökonomischen Organisation auf der Basis des Kapitalismus bewegendende technische Zivilisation der nördlichen Hemisphäre sich der südlichen gegenüber zu verhalten gedenkt. Das steht jetzt im Augenblick etwas im Hintergrund, aber es ist natürlich die alles beherrschende politische, ökonomische und ökologische Frage. Alle, die ein wenig nüchtern über unsere Weltlage nachdenken, wissen ganz genau, daß wir hier zu ganz neuen Handlungsweisen kommen müssen, zu einer ganz neuen Ethik. - Für Marktwirtschaft einzutreten, ist in meinen Augen eine wirklich unbeschreibliche Trivialität. Wirtschaft ist immer Marktwirtschaft. Sozialisten, die es anders behauptet haben, die haben Ideologie produziert, aber nicht Wirtschaft gemacht. Erst auf der Basis der Marktwirtschaft stellen sich die ökologischen Probleme, und wir werden sie natürlich auf der Basis dieser vorhandenen Ökonomie lösen müssen. Aber wir wissen jetzt schon, daß sie nicht so bleiben kann, wie sie ist, wenn wir nicht wollen, daß sich die Sahara allmählich über ganz Afrika ausbreitet. . .

Viele denken, wenn jetzt die Hochkonjunktur, die von allen prophezeit wird, in der DDR ausbricht, dann seien die Probleme beseitigt. Das Gegenteil wird der Fall sein, weil die Einwanderungsprobleme, die die Bundesrepublik von sich wegzuschieben versucht, natürlich dann genau dieselben sein werden usw. usw. Man wird schon eine bessere Antwort, als sie jetzt gegeben wird - mit Währungsunion und anderen Pauschalformeln -, finden müssen, die den osteuropäischen Völkern die Freiheit gibt, die sie fordern. Darüber hinaus aber muß man endlich Konzeptionen entwickeln, die an die Stelle der überlebten Militärblöcke NATO und Warschauer Vertrag treten können und die es möglich machen, Osteuropa sinnvoll politisch zu gliedern, damit nicht dieser Bereich der Welt wiederum zu der Gefahrenzone wird, aus der schon zwei Weltkriege gekommen sind.